

Herausgeber: Stadtverband Gelsenkirchen der GEW

GE W 158

Zeitung für Lehrerinnen und Lehrer in Gelsenkirchen und Gladbeck August 2014

Papst: Der Kapitalismus braucht den Krieg



"Damit das System fortbestehen kann, müssen Kriege geführt werden, wie es die großen Imperien immer getan haben"

Papst Franziskus schimpft auf das Weltwirtschaftssystem. (13.6.14)

++++ Tariftelegramm ++++ 01.07.14 ++++ Tariftelegramm ++++ 01.07.14 ++++ Tariftelegramm ++++ 01.07.14 ++++

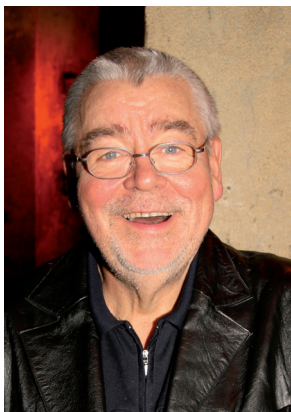
DGB NRW: Landesregierung muss jetzt mit Gewerkschaften verhandeln

Zum Urteil des Landesverfassungsgerichts zum Besoldungsgesetz erklärt Karl Heinz Mrosek, Vorsitzender der GEW in Gelsenkirchen

„Das Urteil ist eindeutig: Die tiefen Einschnitte bei der Übertragung des Tarifergebnisses 2013 und die beschlossenen Nullrunden für den höheren Dienst sind verfassungswidrig. Der Gesetzgeber darf die Entwicklung der Gehälter von Lehrern, Polizisten und Richtern nicht willkürlich von der Haushaltslage abhängig machen. Der Landtag muss nun neu über die Besoldung entscheiden. Das ist ein klarer Erfolg der Gewerkschaften. Wir erwarten, dass die Landesregierung aus ihren Fehlern lernt und nun endlich mit den Gewerkschaften in Verhandlungen darüber eintritt, wie dem Urteil entsprochen werden kann.“

Gelsenkirchen, 01. 07. 2014

++++ Tariftelegramm ++++ 01.07.14 ++++ Tariftelegramm ++++ 01.07.14 ++++ Tariftelegramm ++++ 01.07.14 ++++



Karl-Heinz Mrosek

Auf ein Wort!

Die **Europawahl** hat Europa gespalten. Die soziale Schieflage des Kontinents hat in diversen Staaten einen massiven Rechtsruck verursacht. Besonders in Frankreich konnte eine Partei den Massen verkaufen, dass ihr Elend vor allem von Minderheiten herrühre.

Damit geht eine Taktik auf, die viele nicht sehen wollen, da das ihr Weltbild zu sehr erschüttern würde. Der **Rechtsruck** und damit die Spaltung Europas ist nichts, was einfach so passiert ist, eine Panne. Nein. Der Rechtsruck ist geplant und wurde über diverse Hebel ausgelöst.

Wer hat die Europäische Gemeinschaft in diese massive Schieflage manövriert? Die **Finanzwirtschaft** mit Hauptquartier in den USA! Spekulation und vorsätzliche **Manipulation ganzer Staatshaushalte** durch private Geldinstitute, die wieder besseren Wissens Kredite an Regierungen vergaben, wohl wissend, dass diese nie zurückgezahlt werden konnten. Das Ziel war nicht der Aufbau von Land X, das Ziel war die Pleite ganzer Volkswirtschaften, um im Anschluss das gesamte Tafelsilber zu Spottpreisen an die eigene Industrie-Lobby verramschen zu können.

Die Bankenkrise, die mit einer Rettung der „systemrelevanten“ Banken einherging, war ein von langer Hand geplanter Raubzug des Großkapitals, das parallel zur totalen Verarmung ganzer Regionen führte. Der daraus resultierende soziale Sprengstoff ist gewünscht. Er lässt Raum für Sondergesetze, die auf allen Gebieten ein **Downcycling**, also eine qualitätsmindernde Umwandlung, bedeuten.

In Griechenland, aber nicht nur dort, ist heute **Goldman-Sachs** die eigentliche Regierung. Vor der Küste dieses völlig „maroden“ Landes wurden dann kurz nach der Pleite Erdgasfelder gefunden, die dreistellige Milliarden Gewinne versprechen. Gefördert durch US-Firmen, die jederzeit auf die Hilfe von Goldman-Sachs zählen können.

Was wir in Europa erleben, ist ein stiller Putsch einer Wirtschaftsmafia. Ihr Ziel ist das vollständige Ausgeliefertsein des Arbeitnehmers. Die **Zerstörung der Sozialsysteme** in Europa, um in einem gemeinsamen globalen Markt Menschen ausbeuten und wegwerfen zu können, wie es der Elite gefällt. Sie nennen es **TTIP**. Wir sollten es Terror nennen.

Und dieser Terror kennt keine Grenzen, denn er kann nur überleben, wenn er wächst wie ein Tumor.

Die gesamte Ukraine-Krise ist damit zu erklären. Nur nicht von unseren Massenmedien, denn die sind unterwandert, gekauft oder weich gespült. Wie passt es zusammen, dass der aktuelle Außenminister Steinmeier Friedensaktivisten in Berlin zusammenschreit, während er zu den erneuten Bombardements der faschistisch durchsetzten Regierung in Kiew schweigt?

Teile und Herrsche. Nach dieser immer gleichen Zuckerbrot- und Peitsche-Methode regiert Washington deutlicher denn je in ganz Europa.

Zbigniew Brezinski's Buch: „**Die einzige Weltmacht- Amerikas Strategie der Vorherrschaft**“, ist immer noch die Blaupause für imperiale Machtansprüche und Umsetzung. Der Mann berät das Weiße Haus bis heute wenn es um Machiavelli-Politik geht. Sein Buch erklärt auch die Krim-Krise als Teil eines Games. Man muss ja nicht gleich Söldner in die Ukraine schicken, es gibt ja immer noch die Softpower-Variante namens Geldstrafe.

Aktuell wird Frankreich zur Kasse gebeten, da sich das Land nicht an US-Embargo-Gesetze gehalten hat, die für Frankreich gar nicht gelten. Egal. Washington erpresst und die Franzosen kuschen.

Und dann hätten wir da noch die kuschende deutsche Regierung, die bei der **Kieler Woche** russischen Schiffen die Teilnahme verweigerte.

Die einzigen, die den Mut haben, dem Befehl aus Washington den Mittelfinger zu zeigen, sind die Franzosen, die ihre Teilnahme in Kiel aus Solidarität abgesagt haben. **Exzellent!** Soviel Selbstbewusstsein kann man in Berlin lange suchen. Statt sich die NSA vom Hals zu schaffen, die deutsche Industrie und den deutschen Bürger von ihrer Überwachung zu befreien, will der BND jetzt auch kräftig in das Ausspionieren investieren. 300 Millionen.

Und sonst wird Europa wieder fit gemacht für den Krieg im eigenen Wohnzimmer. Notwenig dafür ist das neue/alte Feindbild Russland. Es kann nicht sein, dass sich z.B. Deutschland

Inhalt

Auf ein Wort / Inhalt	2
Antikriegstag	3
Helmut Schmidt wirft EU "Größenwahn" vor. Kohl mahnte (...) zur Besonnenheit.	
„Informationen zum Ukraine Konflikt vom BSV (Real-)Satire: Diplomatisch – Deutsch	4
Verfassungsschutz zählt 40.000 Islamisten	5
Fairness auch für Tarifbeschäftigte	6
Interview mit Hans-Jürgen Urban zum Rentenpaket	7
Buchbesprechung: GRÜNE LÜGEN Argumente des BVerwG gegen die Nichtübertragung des Tarifergebnisses von 2013 auf Beamte / DGB NRW: Rentenverbesserungen müssen auch für Beamte gelten / Verbeamtung / trotz BMI von 35	8
Zusatzrente in Gefahr!	9
Blick in die „Blackbox“ VBL	10
Ein kleiner Rhetorikkurs für Verantwortungsträger	11
"offener Brief" Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn	12
Noch Fragen bitte? / Bitte, bitter – was Grapefruit und Endivien können	13
1. Mai „Tag der Arbeit“ Ökumenischer Gottesdienst Predigt von Pastor Dieter Heising	14
Betreuung kranker Kinder (Beamte) / Nachruf	15
Die GEW lädt ein ins Kleinkunst-Theater auf Consol Bezirk Münster: L-EGO – wir mobilisieren vor Ort!	16

mit Russland zu gut versteht und Geschäfte macht. Wo bleibt denn da die Abhängigkeit von den USA? Also immer hübsch destabilisieren und im Anschluss „Schutz“ für ganz Osteuropa anbieten.

Wie uns Willy Wimmer in einem Interview erläuterte, arbeitet man hinter den Kulissen daran, den sogenannten Parlamentsvorbehalt abzuschaffen. Bisher musste immer noch der Bundestag entscheiden, ob die Bundeswehr ins Ausland geschickt werden sollte oder nicht. Das will man jetzt nach Brüssel auslagern, so steht es im Koalitionsvertrag.

Auf diese Weise kann Washington dann über den Sitz der NATO in Europa - aus Brüssel - deutsche Soldaten auch an jene Orte schicken, die selbst unter Napoleon und auch nicht durch die Wehrmacht erobert werden konnten. Dass die Bundeswehr auch in Deutschland im Innern zum Einsatz kommen kann, ist seit 2012 zugelassen. Aber nur bei Terrorgefahr.

Warum ist es so mühsam,
sich die o. a. Informationen zu besorgen?
Denkt darüber nach.

Karl-Heinz Mrosek



Und hier kann jeder selbst nachlesen:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/europawahl-rechtspopulisten-feiern-erfolg-in-europa-a-971648.html>
<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41455/1.html>
<http://www.jungewelt.de/2014/06-05/064.php>
<http://globale-evolution.net/images/media/316.pdf>
<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10152093049776583&set=a.402486811582.184264.352426141582&type=1>
<http://www.welt.de/regionales/hamburg/article128649122/Einlaufverbot-fuer-russisches-Kriegsschiff.html>
<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20414>
<http://www.sueddeutsche.de/h5Q38S/2050389/Obama-verspricht-Osteuropa-Schutz.html>
<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken/derivate-geschaeft-wie-goldman-sachs-den-griechen-zur-seite-sprang/3376400.html>
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-10/griechenland-oe>

Und diesen Link unbedingt ansehen. KenFM im Gespräch mit Willi Wimmer (CDU). 92 Minuten, die sich lohnen. Adrenalin pur.

www.youtube.com/watch?v=faL4zRUdQTA



1. September 2014

Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus

Seit 1957 erinnert der DGB jedes Jahr an die Schrecken des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Er macht damit deutlich, dass sich die Gewerkschaften schon während der ganzen Nachkriegszeit als wichtigen Teil der Friedensbewegung verstanden haben. Das gilt in besonderem Maße auch für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Auf den Antikriegstag haben wir in unserer Stadtverbandszeitung alljährlich hingewiesen. Bei der Planung dieser Zeitung nahm ich mir zunächst vor, an den Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 zu erinnern. Die aktuellen Ereignisse machen es aber sinnvoll, den ersten Weltkrieg nur am Rande zu erwähnen und sich mit der neuen Kriegsgefahr, ausgehend von der Ukraine, zu beschäftigen. Da gibt es Politiker, die ehrlich versuchen, in dieser Angelegenheit deeskalierend zu wirken, da gibt es aber auch PolitikerInnen – und zwar auf beiden Seiten – die gerne mit dem Säbel rasseln und dieses für Deeskalation ausgeben. Wir hatten Gelegenheit, uns in den letzten Monaten aus der Presse, dem Internet, den Medien ein Bild zu machen. Dabei haben wir gemerkt, dass es nicht immer leicht ist, zwischen Tatsachenbericht und Propaganda zu unterscheiden. Betrachten wir zum Beispiel, was ehemalige Politiker wie Helmut Kohl (siehe Kasten) oder Helmut Schmidt zur Ukraine-Krise in verschiedenen Medien geäußert haben. Schmidts Artikel aus Spiegel-online vom 16. Mai 2014 möchten wir an dieser Stelle dokumentieren. Bei der Lektüre sollte man sich vor Augen halten, dass Helmut Schmidt zu keiner Zeit in seinem Leben Pazifist gewesen ist. Er ist unmittelbar nach dem Ende des ersten Weltkrieges geboren und hat die Auswirkungen als Kind und Jugendlicher bitter erfahren müssen. Am Zweiten Weltkrieg war er von Anfang an als Soldat dabei. Zunächst als Feldwebel, später als Oberleutnant. Er war in Frankreich und später auch in Russland eingesetzt. Als Oberleutnant war er eine Zeitlang im Luftfahrtsministerium der Wehrmacht. Was Militär und Krieg angeht, damit kannte er sich aus eigenem Erleben gut aus. Unmittelbar nach Gründung der Bundeswehr wurde er auf einer Wehrübung im März 1958 zum Hauptmann der Reserve befördert. Dieses hatte für ihn politische Konsequenzen. Die SPD-Bundestagsfraktion wählte ihn noch während dieser Wehrübung als „Militaristen“ aus dem Fraktionsvorstand ab.

In seiner Zeit als Bundeskanzler von 1974 bis 1982, also während des Kalten Krieges, fiel die Entscheidung zum Nato-Doppelbeschluss, den er aktiv unterstützt hatte. An Demonstrationen gegen diesen Nato-Doppelbeschluss habe ich teilgenommen. Die Kritik richtete sich damals in erster Linie gegen den amtierenden Bundeskanzler. Dieses muss man wissen, wenn man heute liest, was er uns zur Kriegsgefahr in der Welt zu sagen hat.

Karl-Heinz Mrosek

Helmut Schmidt wirft EU "Größenwahn" vor.

Hamburg (dpa) - Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) hat das Verhalten der EU in der Ukraine-Krise scharf kritisiert und nennt die Außenpolitik Europas "größenwahnsinnig". Zudem befürchtet er eine Eskalation der Lage wie 1914 vor dem Ersten Weltkrieg. So wie damals bestehe die Gefahr, dass Europa, die USA und die Russen in einen Krieg hineinstolpern.



Helmut Schmidt gibt der EU Tipps. © dpa / Maurizio Gambarini/Archiv

Brüssel mische sich zu sehr in die Weltpolitik ein, "obwohl die meisten Kommissare davon kaum etwas verstehen". "Das jüngste Beispiel ist der Versuch der EU-Kommission, die Ukraine anzugliedern", sagte Schmidt der "Bild"-Zeitung. "Sie stellen die Ukraine vor die scheinbare Wahl, sich zwischen West und Ost entscheiden zu müssen."

Altkanzler Helmut Schmidt hält Sanktionen für "dummes Zeug". >

Der Altkanzler verurteilte auch den Versuch, Georgien enger an die EU zu binden. "Zur Erinnerung: Georgien liegt außerhalb Europas. Das ist Größenwahnsinn, wir haben dort nichts zu suchen!"

Schmidt befürchtet Eskalation wie 1914

Schmidt verglich die Ukraine-Krise mit den Spannungen kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. "Die Gefahr, dass sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag."

Auf die Frage, ob er Europa wie damals am Abgrund sehe, sagte er: "Die Situation scheint mir zunehmend vergleichbar. Europa, die Amerikaner, auch die Russen verhalten sich so, wie es der Autor Christopher Clark in seinem lesenswerten Buch über den Beginn des Ersten Weltkriegs beschrieben hat: wie 'Schlafwandler'."



Verständnis für Putins Politik

Helmut Schmidt: "Traue Putin nicht zu, dass er Krieg will"

Schmidt (SPD) fordert den Westen außerdem im Umgang mit Russland zu mehr Rücksichtnahme auf und warnt vor einem Sanktionswettbewerb gegen das Land. In einem Interview mit der "Bild" sagte Schmidt: "Diese Sanktionen bringen nichts und führen bloß zur Forderung nach noch schärferen Sanktionen. Und wenn die nicht wirken, verlangt jemand verstärkte Rüstung. Und dann landen wir am Ende beim Krieg mit Waffen." Schmidt erklärte, er "traue Putin nicht zu, dass er Krieg will. Und Europa sollte alles daran setzen, Russland in dieser Haltung zu bestärken, statt, wie die Regierung in Kiew oder mancher im Umkreis von US-Präsident Obama, vom 3. Weltkrieg zu schwätzen."

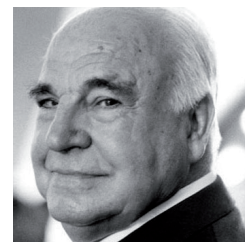
Der Altbundeskanzler verlangte mehr Verständnis für die Lage von Russlands Präsident. "Putin ist ein vorausschauender Politiker, der zugleich ganz andere Probleme hat als die Krim oder die Ukraine. Er muss einen Vielvölkerstaat zusammenhalten, in dem zum Beispiel der Anteil der Muslime weit stärker wächst als alle anderen Gruppen. Von wirtschaftlichen Problemen ganz zu schweigen. Aber Putins Sicht zur Ukraine zu berücksichtigen, ist notwendig", erklärte Schmidt.

Kohl mahnte (...) zur Besonnenheit.

"Das gilt für alle Seiten und alle Fragen. Wir dürfen nicht vergessen: Krieg ist kein Mittel der Politik. Wir wollen in Europa friedlich und vertrauensvoll miteinander leben. Das friedliche Zusammenleben zwischen verschiedenen Völkern und Religionen muss dabei auch innerhalb eines Landes möglich sein", so der Altkanzler.

Die Krise um die Ukraine mache – leider – einmal mehr deutlich, dass sich die Menschen in Europa keineswegs in Sicherheit wiegen dürften. Krieg sei nicht zwingend eine Frage der Vergangenheit.

Die Welt 12.3.14



„Informationen zum Ukraine Konflikt vom BSV (Bund Soziale Verteidigung)

Der Konflikt in der Ukraine beschäftigt auch die deutsche Friedensbewegung und den BSV. Der BSV hat zwei Papiere zu dem Thema herausgegeben: ein Infoblatt zu den historischen Hintergründen und einen 10-seitigen Artikel zu verschiedenen Aspekten des Konfliktes, verfasst von Christine Schweitzer. Beide können von der Website des BSV heruntergeladen werden.

Auf der Website der Kooperation für den Frieden gibt es einen Überblick über Appelle und Erklärungen verschiedener Friedensorganisationen:

<http://www.koop-frieden.de/sub/krise-in-der-ukraine.html>



(Real-)Satire: Diplomatisch – Deutsch

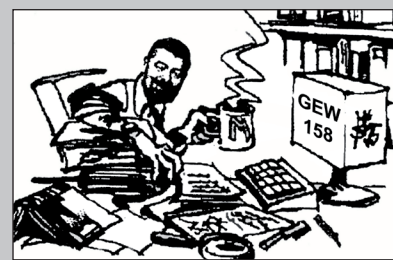
Das Aktions-Bündnis „Aufschrei“ und der BSV (Bund Soziale Verteidigung) haben zum Waffenhandel, vor allem zum Rüstungsexport auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag im Mai in Hamburg eine Resolution für dessen grundsätzliche Ablehnung beantragt, auf einer Veranstaltung im Zentrum „Umwelt, Frieden und Gerechtigkeit“ vorgestellt und angenommen bekommen. Der Kirchentag hat diese Resolu-

tion an die zehn zuständigen (Unter-) Ausschüsse des Deutschen Bundestages und an die Bundesregierung verschickt. Das Bundeskanzleramt hat uns dann lange hingehalten. Damals war der Ausgang noch offen, jetzt liegt eine Antwort des Auswärtigen Amtes vor. Wir wollten Ihnen diese nicht vor-enthalten, doch wir mussten sie erst aus dem Diplomatischen ins Deutsche übersetzen:

Als Vertreter [...] wurde ich gebeten, Ihnen zu antworten.	Unter mir kommt keiner mehr, um das weiter durchzureichen.
Der Resolutionstext wurde [...] mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen.	Über diesen naiven Idealismus haben wir herzlich gelacht.
Im Hinblick auf die darin enthaltenen Petita an die Bundesregierung möchte ich auf einige grundlegende Aussagen der Koalitionsvereinbarung verweisen:	Glauben Sie nicht, dass ich dazu etwas Verbindliches sagen werde. Aber es hört sich auf jeden Fall gut an.
[...] entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen.	Es bleibt alles, wie es ist: Wenn hier einer entscheidet, dann sind das wir – und in die Karten lassen wir uns auch nicht gucken.
Entsprechend [...] kommen dabei der Beachtung der Menschenrechte im Empfangsland und dem Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der jeweiligen Region eine besondere Bedeutung zu.	Für uns sind ein paar Menschenrechte gleich Frieden, Frieden gleich Sicherheit und Sicherheit gleich Stabilität, d. h. Autokraten müssen keine Angst vor Ärger haben.
Die Bundesregierung ist entschlossen, noch in diesem Halbjahr konkrete Schritte zur Umsetzung dieser zentralen Transparenzvorgaben zu unternehmen [...].	Das dauert! Die Mühlen der Politik mahlen langsam. Und die Zeit spielt uns in die Hände bzw. vermeidet interne Konflikte.
Ganz im Sinne des von Ihnen eingebrachten Resolutionstextes wird sich die Bundesregierung auch künftig energisch für eine vollständige Implementierung des VN-Kleinwaffenabkommens [...] einsetzen.	Und wir können uns vom Süden (und von Ihnen) feiern lassen, doch Sie (und wir) können sicher sein, dass wir uns im „wildem“ Westen – leider! – nicht durchsetzen werden.

Die ganze Resolution gegen Rüstungsexporte steht auf der Website des Kirchentags:

<http://www.kirchentag.de/programm/resolutionen/resolutionen-zur-abstimmung-2013/gegen-ruestungsexporte.html>



Impressum

Herausgeber:

GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen

Redakteur: Karl-Heinz Mrosek

v.i.S.d.P.: Karl-Heinz Mrosek
GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

Layout: Christine Steinchen

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH
Resser Str. 59, 44653 Herne

Auflage: 4.000 Exemplare

Verfassungsschutz zählt 40.000 Islamisten

In Deutschland leben nach Beobachtungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz rund 40.000 Islamisten. Die meisten seien Organisationen wie Milli Görüs zuzurechnen, sagte der Präsident des Bundesamtes, Hans-Georg Maaßen, der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» (Montag, 28.7.14). Einen stetigen Zuwachs verzeichneten die Salafisten mit inzwischen 6.000 Mitgliedern. «Hier erkennen wir eine starke Gewaltbereitschaft», so Maaßen.

Schätzungsweise jeder sechste Islamist sei bereit, seine Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Speziell bei Salafisten gehe zudem die Radikalisierung dank Facebook und Twitter immer schneller voran. «Zwischen einem ersten Anfixen mit salafistischem Gedankengut und dem Aufbruch in den Krieg nach Syrien liegt oft nur ein Zeitraum von wenigen Monaten.» Inzwischen gehe seine Behörde davon aus, dass über 320 Personen von Deutschland nach Syrien gereist seien, so Maaßen.

Mit Blick auf die junge Anhängerschaft der Salafisten rief der Behördenchef Schulen, Vereine und Jugendbetreuer zu Wachsamkeit und Prävention auf. Hier müsse Jugendsozialarbeit ansetzen. «Wenn das nicht geschieht, wird die Zahl derjenigen, mit denen sich die Nachrichtendienste beschäftigen müssen, immer größer werden.»

Karl-Heinz Mrosek

Angestellte Lehrkräfte verdienen deutlich weniger Fairness auch für Tarifbeschäftigte

Aus: Aktiver Ruhestand - GEW – Nr. 4 - 2013

Unter der Überschrift „Mehr Fairness für unsere Pensionen“ berichteten wir in der letzten Ausgabe über einen Vergleich zwischen den Pensionen der Lehrkräfte im Ruhestand mit den Renten ehemaliger Angestellter in der Privatwirtschaft. Das Ergebnis der Berechnungen des Finanzministeriums hat viele überrascht: Es gibt kaum Unterschiede.

Das Finanzministerium – BW hat 2011 die Renten der von der Ausbildung her vergleichbaren früheren Mitarbeiter/innen eines großen Privatunternehmens mit den Pensionen der entsprechenden Landesbeamten/innen verglichen (Landtags-Drucksache 15/332).

Unter anderem wurde ein Bauingenieur in der Privatwirtschaft einem beamteten Bauingenieur gegenübergestellt, der aus Besoldungsgruppe A 13 in den Ruhestand tritt (hiermit vergleichbar sind im Schulbereich z. B. die Lehrkräfte an Real- oder Sonderschulen). Ferner wurde ein Volljurist in der Rechtsabteilung mit einem Verwaltungsjuristen verglichen, der aus der Besoldungsgruppe A 15 in den Ruhestand tritt (hiermit vergleichbar sind im Schulbereich Realschulrektor/innen oder Studiendirektor/innen). In beiden Gruppen sind die Netto-Unterschiede zwischen den Rentnern und den Pensionären geringfügig, einmal haben die ehemaligen Staatsbeamten die Nase leicht vorn, das andere Mal schneiden die Rentner etwas besser ab.

Als Ergebnis stellten wir fest: Die Höhe der Beamtenpensionen ist durchaus angemessen, weshalb der Ruf nach Kürzung rein populistischer Natur ist. Besser wäre es, wenn sich die Politik den tatsächlichen Problemen widmen würde. Eines dieser Probleme sind die niedrigen Renten von angestellten Lehrkräften. Diese haben direkt mit der schlechten Eingruppierung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte zu tun. Die verdienen nämlich deutlich weniger als ihre beamteten Kolleg/innen bzw. als vergleichbare Angestellte in der Privatwirtschaft. Das gewerkschaftliche Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird vom Land sträflich verletzt.

Tarifbeschäftigte werden doppelt benachteiligt

Inzwischen hat eine parlamentarische Initiative des aktuellen SPD-Bildungs-Sprechers Stefan Fulst-Blei unsere Kritik

mit verlässlichen Zahlen bestätigt (LT-Drucksache 15/3782 vom 15.07.2013): Hier die entscheidenden Aussagen:

„In Baden-Württemberg sind die beamteten Lehrkräfte im Wesentlichen in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 14 eingestuft (in den höheren Besoldungsgruppen befinden sich nur Funktionsämter). Die Nettobesoldung der beamteten Lehrkräfte lag in den angesprochenen Fällen am 1. Januar 2013 zwischen rd. 190 Euro (bei Besoldungsgruppe A 9) und rd. 610 Euro (bei Besoldungsgruppe A 14) über den Nettoentgelten vergleichbarer Tarifbeschäftigter.“

Dieser Gehaltsunterschied hat gravierende Folgen für die Renten der tarifbeschäftigten Lehrkräfte: Sie liegen deutlich niedriger als die Pensionen der beamteten Lehrkräfte. Stefan Fulst-Blei machte dies plastisch durch die Frage deutlich, in welcher monatlichen Beitragshöhe vergleichbar eingruppierte Tarifbeschäftigte eine private Rentenversicherung abschließen müssten, um das Pensionsniveau verbeamteter Lehrkräfte zu erreichen. Die Landesregierung antwortete:

„Beim Vergleich der Alterssicherung einer beamteten Lehrkraft in der Besoldungsgruppe A 14 (Gymnasium/Berufsschule) mit der Alterssicherung einer entsprechend tarifbeschäftigten Lehrkraft (zuletzt Entgeltgruppe 14 TV-L) ergibt sich eine Differenz bei den Nettoaltersbezügen von ca. 300 Euro monatlich. ... Um eine Rentenlücke von ca. 300 Euro zu schließen, bedürfte es einer privaten Rentenversicherung, für die ... über die gesamte Beschäftigungsdauer von 40 Jahren eine Versicherungsprämie von ca. 125 Euro monatlich zu entrichten wäre.“

Um am Ende eine vergleichbare Rente zu erhalten wie eine beamtete Kollegin, müsste eine angestellte Lehrkraft also von ihrem niedrigeren Gehalt im Laufe ihres Arbeitslebens 60.000 Euro abzweigen und in eine private Versicherung einzahlen.

Es fehlt ein Eingruppierungs-Tarifvertrag

Es ist für die Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis kaum ein Trost, dass die Pensionen der ehemaligen Beamt/innen sich von verbleibbaren Renten in der Privatschaft kaum unterscheiden. Sie fühlen sich im Recht als Stiefkinder der Bildungspolitik.

Die Schlussfolgerung, die wir in der letzten Ausgabe von AR gezogen haben, bleibt auf der Tagesordnung: *„Es ist deshalb höchste Zeit, dass wir eine bessere Eingruppierung der angestellten Lehrer/innen in Form einer tariflichen Regelung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder bzw. dem Land Baden-Württemberg erkämpfen. Freiwillig kommen die uns nicht entgegen.“*

Inge Goerlich / Michael Rux

Weitersagen

Bewertungskosten für Kollegen/innen anlässlich der Verabschiedung in den Ruhestand sind nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs steuerlich absetzbar, da sie überwiegend beruflich veranlasst sind (AZ: VI R 52/03, BStBl. 2007 II S. 317). Dies gilt jedoch nicht für Bewertungskosten anlässlich von Geburtstagen.

Aus: Aktiver Ruhestand - GEW – Nr. 4 - 2013

Themen: Alles rund um Ihren Arbeitsplatz.



Links und Zusatzinformationen

Interview mit Hans-Jürgen Urban zum Rentenpaket

Dialog der Generationen statt Spaltung der Gesellschaft

19.02.2014 | In der Rentenpolitik weht ein neuer Wind. Menschen, die lange gearbeitet haben, Eltern und Erwerbsgeminderte sollen besser gestellt werden. Das ist gut. Doch Kritiker des Rentenpakets behaupten, die Jungen müssen für die Alten zahlen. Warum dieser Vorwurf grundlos ist, erläutert Hans-Jürgen Urban, IG Metall-Vorstandsmitglied.

Die IG Metall fordert mehr Mut zu Reformen in der Rentenpolitik, statt an den geplanten Verbesserungen zu rütteln. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und für Sozialpolitik zuständig, wirft den Kritikern des Rentenpakts vor, die Generationen gegeneinander auszuspielen: "Wir machen diesen inszenierten 'Krieg der Generationen' nicht mit. Nicht die abschlagsfreie Rente mit 63 oder bessere Leistungen für Erwerbsgeminderte, sondern halbherzige Verbesserungen und fehlender Reformmut bedrohen den Generationenvertrag. Wir wollen das Rentenniveau für die Jungen verbessern, die Rente solidarisch finanzieren und alle in die Rentenversicherung einbeziehen. Das ist solidarische Zukunftspolitik. Darüber will die IG Metall mit den Jungen Reden."

Was bringt das Rentenpaket der Bundesregierung?

Wenn zukünftig langjährig Versicherte nach 45 Jahren nicht mehr mit Abschlägen bestraft werden, ist das sehr gut und nahe an den gewerkschaftlichen Forderungen. Und auch die geplante Anhebung der Zurechnungszeiten um zwei Jahre stellt bei der Erwerbsminderungsrente für die Betroffenen eine Verbesserung dar. Erwerbsgeminderte werden zukünftig so behandelt als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr gearbeitet. Damit erhalten sie durchschnittlich etwa sechs bis sieben Prozent mehr. Und Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Entgelt-punkt angerechnet ("Mütterrente"). Das sind alles sinnvolle Maßnahmen, die die Versorgung im Alter verbessern.

Müssen die Jungen für die Alten bluten, wie die Kritiker behaupten?

Diese Anschuldigungen kommen wuchtig daher, stehen aber auf wackeligem Grund. Sie beruhen auf einem Denkfehler. Es sind die Rentenreformen der letzten Jahre und nicht ihre geplanten Teilkorrekturen, die gegen Generationenfairness und Leistungsgerechtigkeit verstoßen. Die Rente mit 67, die Senkung des Rentenniveaus und der Zwang zu unattraktiver Privatvorsorge beschädigen den Generationenvertrag zulasten der heutigen Beitragszahler. Die Pläne der Großen Koalition sind hingegen nicht kritikwürdig, weil sie zu großzügig

sind. Sondern eher, weil sie halbherzig ausfallen. Und weil sie das Fundament des Rentensystems nicht hinreichend reparieren.

Ist die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren also nicht ungerecht?

Zunächst bringt eine solche Regelung wieder etwas mehr Leistungsgerechtigkeit in das deutsche Rentenrecht. Denn langjährige Beitragszahler zahlen viel und erhalten vergleichsweise wenig. Der Grund dafür liegt in ihrem frühen Berufsstart und vielen Jahren harter Arbeit, nicht selten auch im Schichtbetrieb. Diese Bedingungen senken die Lebenserwartung und verringern die Zeit des Rentenbezugs. Werden Altersrenten im Durchschnitt 21 Jahre lang bezogen, so erhalten langjährig Versicherte ihre Leistungen nur etwa 15 Jahre, also 6 Jahre kürzer. Eine Gerechtigkeitslücke, die meist unterschlagen wird und durch einen vorzeitigen Renteneintritt verringert werden könnte.

Und was ist mit den Jungen?

Generationenungerecht wird die Rente mit 63 allerdings dadurch, dass sie nur befristet gilt. Sie soll bis zum Jahr 2030 auf 65 ansteigen. Dadurch können die Jüngeren nicht selbst in Anspruch nehmen, was sie heute finanzieren. Hinzu kommt, dass sich nichts am Sinkflug des allgemeinen Rentenniveaus ändern soll. Und dadurch bleibt es bei der programmierten Rentenlücke für die Zukunftrentner, die durch Zahlungen an die



Hans-Jürgen Urban

private Versicherungswirtschaft auszugleichen sind. Selbst wenn der Anstieg der paritätisch finanzierten Rentenbeiträge gedrosselt werden sollte, die Jüngeren bleiben die Angeschmierten. Denn um die Arbeitgeberentlastung auszugleichen und den Lebensstandard zu sichern, werden über sechs Prozent aus dem eigenen Einkommen aufzuwenden sein. Und die anhaltende Zinsflaute auf den Finanzmärkten erhöht das Renditerisiko weiter.

Was muss für die Jungen getan werden?

Nicht Wahlgeschenke und Luxusrenten, sondern halbherzige Verbesserungen und fehlender Reformmut bedrohen den Generationenvertrag. Zahlungen ohne faire Gegenleistungen infolge von Rentenkürzung und Privatisierung, das ruiniert die Generationenbilanz zulasten der Jüngeren. Dem gilt es entgegenzutreten! Durch eine Stabilisierung des Rentenniveaus und mehr Leistungsgerechtigkeit für langjährig Versicherte. Und durch eine Vorsorgepolitik, die gefüllte Beitragskassen zum Aufbau einer Nachhaltigkeitsreserve nutzt.

Was tut die IG Metall?

Wir machen den inszenierten "Krieg der Generationen" nicht mit. Jung und Alt sind gut beraten, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Die IG Metall macht Druck, dass die jetzt geplanten Verbesserungen im Rentenrecht im Interesse der Betroffenen rasch umgesetzt werden. Statt an den geplanten Verbesserungen zu rütteln, fordern wir aber auch mehr Mut zu weiteren Reformen. Wir wollen das Rentenniveau für die Jungen verbessern, die Rente solidarisch finanzieren und alle in die Rentenversicherung einbeziehen. Das ist solidarische Zukunftspolitik. Darüber will die IG Metall mit den Jungen reden.

Buchbesprechung

Friedrich Schmidt-Bleek

GRÜNE LÜGEN

Deutschland tut etwas in Sachen Umweltschutz? Wir sind auf dem richtigen Weg? Von wegen! Während uns Politik und Wirtschaft mit sogenannter Umweltpolitik von Elektroauto bis Energiewende Sand in die Augen streuen, bleiben die dringendsten Reformen auf der Strecke. Prof. Schmidt-Bleek zeigt: Wir laufen in die falsche Richtung, und Politik und Wirtschaft führen uns immer weiter in die Irre. Er weiß aber auch: Wir können noch umkehren. Und er erklärt uns wie. Ein Pionier der Umweltforschung, mahnt er seit Langem: Wir brauchen eine Ressourcenwende, wenn wir auf diesem Planeten eine Zukunft haben wollen. Unsere »Umweltschutzmaßnahmen« reduzieren zwar den Schadstoffausstoß, erhöhen aber unseren Bedarf an Ressourcen: Wir verbrauchen mehr Wasser, seltene Erden und andere Rohstoffe. Um an diese zu gelangen, zerstören und verschmutzen wir immer schneller immer mehr Land und befördern dadurch den Klimawandel, den wir eigentlich bremsen wollen. Es ist schon lange höchste Zeit, einen neuen Weg zu beschreiten!



Über den Autor und weitere Mitwirkende

Prof. Friedrich Schmidt-Bleek ist ein Pionier der Ressourcenwende und Erfinder des Faktor 10 Konzeptes. Er ist Gründungs-Vizepräsident des Wuppertal Institutes, arbeitete als Abteilungsleiter in der OECD und im IIASA und ist außerdem Initiator des World Resources Forum Davos und des Factor 10 Institute. 2001 wurde er mit dem Takeda World Environment Award ausgezeichnet. Schmidt-Bleek ist Autor zahlreicher Bücher und Veröffentlichungen.

Ludwig Buchverlag, 20 EUR, 304 Seiten

Argumente des BVerwG gegen die Nichtübertragung des Tarifergebnisses von 2013 auf Beamte

Bundesverwaltungsgericht verneint Alimentationspflicht nach Gehaltshöhe - 0.12 MB - Webcode: 233140

Wir weisen auf ein interessantes Urteil des BVerwG von Ende des Jahres (Az.: 2 C 49.11 vom 12.12.2013) hin, dass jetzt erst veröffentlicht worden ist. Aus diesem ergeben sich Maßstäbe für eine Ungleichbehandlung höherer Besoldungsgruppen bei einer Besoldungsanpassung, insbesondere im Hinblick auf das Abstandsgebot (S.15ff.). Danach dürfen Abstände zwischen den Besoldungsgruppen infolge von Einzelmaßnahmen nicht nach und nach eingeebnet werden. Des Weiteren rechtfertigt auch die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Beamten die Ungleichbehandlung höherer Besoldungsgruppen grundsätzlich nicht. Eine angespannte Haushaltslage rechtfertigt für sich alleine keine Ungleichbehandlung zu Lasten einzelner Besoldungsgruppen. Das Urteil liefert damit zentrale Argumente für die Verfassungswidrigkeit der Maßnahme der fehlenden Tariflohnübertragung für einige Besoldungsgruppen in NRW.

Karl-Heinz Mrosek

DGB NRW: Rentenverbesserungen müssen auch für Beamte gelten

Zur Ankündigung der NRW-Landesregierung, die sogenannte Mütterrente und die Rente mit 63 nicht auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, erklärt Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW:

„Das NRW-Finanzministerium tut den NRW-Staatsdienern Unrecht. Während bislang alle Verschlechterungen im Rentensystem auch auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wurden, sollen sie bei den geplanten Verbesserungen nun ausgenommen werden. Nach Auffassung des DGB NRW muss die Erziehungsleistung von Beamtinnen und Beamten genauso Anerkennung finden wie bei abhängig Beschäftigten und Selbstständigen. Gleiches gilt für die Rente mit 63. Beamtinnen und Beamte, die 45 Jahre gearbeitet haben, müssen ebenso wie andere Arbeitnehmer das Recht haben, abschlagsfrei aus dem Berufsleben auszuschneiden. Und auch bei der Zurechnungszeit im Falle von Dienstunfähigkeit dürfen sie aus Sicht des DGB NRW nicht schlechter gestellt sein. Wir werden den Dialog mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung suchen und diskutieren, wie die beschlossenen Rentenverbesserungen systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden können.“

Verbeamtung trotz BMI von 35

Die Rechtsprechung des letzten Jahres hat zu einer Änderung der Praxis bei den Bezirksregierungen geführt. Nunmehr wird bis zu einem BMI von 35 verbeamtet, wenn keine anderen gesundheitlichen Beeinträchtigungen vorliegen.

Wer also an der BMI-Grenze in der Vergangenheit gescheitert ist und das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, sollte sofort einen formlosen Antrag auf Verbeamtung stellen.

Aus: also 131, März 2014

Aus: Tarifinfo ATV Nr. 1 Mai 2014

Tarifverhandlungen zur Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst

Zusatzrente in Gefahr!

Am 21. Mai ließen die Arbeitgeber die Katze aus dem Sack: Sie wollen auf Kosten der Beschäftigten sparen, indem sie die Betriebsrente im öffentlichen Dienst, die Zusatzversorgung (VBL-Rente oder ZVKRente), kürzen! Sie beendeten die Verhandlungen, sagten den nächsten Termin ab und forderten ein „Spitzengespräch“. Das war der vorläufige Höhepunkt eines Dramas in mehreren Akten.

Vorspiel: Faktencheck

Seit Herbst 2012 führen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unter Federführung von ver.di Gespräche mit den öffentlichen Arbeitgebern über die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (Hintergrundinfo im Innenteil). Seit Februar 2014 wird offiziell verhandelt. Die Arbeitgeber forderten Leistungseingriffe wegen steigender Lebenserwartung und gesunkener Kapitalmarktzinsen.

Die Gewerkschaften wollten das steigende Rentenalter berücksichtigen und über Bonuspunkte und die Dynamisierung der Startgutschriften sprechen. Grundlage sollte eine gründliche Bestandsaufnahme sein.

Im Laufe des Faktenchecks wurde immer deutlicher: Die meisten Zusatzversorgungskassen haben gar keine Geldsorgen! Die 2001 vereinbarten Maßnahmen (siehe Innenteil) wirken über Jahrzehnte und reichen locker aus, um mit der auch im öffentlichen Dienst zunehmenden Rentnerzahl fertig zu werden, ohne aktive Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber höher zu belasten. Doch solche Fakten wollten die Arbeitgeber nicht hören. Die Finanzierung gehe die Arbeitnehmer nichts an, sagten sie, und verschanzten sich hinter „Zins“ und „Biometrie“.

1. Akt: Zins

Weil in der Rentenberechnung ein Rechenzins verwendet wird, der mit durchschnittlich gut vier Prozent gemessen an heutigen Verhältnissen relativ hoch ist, forderten die Arbeitgeber die Gewerkschaften auf, einer Kürzung des Rechnungszinses auf „marktübliches Niveau“ zuzustimmen. Das hätte eine Rentenkürzung von – je nach neuem Zins – ein bis zwei Drittel ergeben! Als die Gewerkschaften ernsthaft anboten, Notlagenregelungen tarifvertraglich zu vereinbaren, falls einzelne Kassen wegen der aktuellen Niedrigzinsen Probleme bekommen, war das auch nicht erwünscht. Ein durchsichtiges Manöver: Die Drohung mit Zahlungsproblemen sollte nur als Druckmittel für eine Rentenkürzung herhalten.

2. Akt: Biometrie

Wir werden alle immer älter, das leugnet niemand. Das Leistungsrecht der Zusatzversorgung rechnet noch mit einer Sterbetafel von 1998. Sterbetafeln sind die Rechenwerke der Versicherungsmathematiker, in denen sich die steigende Lebenserwartung abbildet (deshalb „Biometrie“, wörtlich übersetzt „Lebensmessung“). Nun forderten die Arbeitgeber, die Gewerkschaften sollten vorab einer neuen Sterbetafel mit der Lebenserwartung von heute 19-jährigen, aber einem Rentenalter von 65 zustimmen – im Ergebnis eine Rentenkürzung von 10 bis 12 Prozent! Die Gewerkschaftsseite hielt dagegen: Wir sind bereit, die steigende Lebenserwartung zu berücksichtigen, aber nur, wenn wir auch das steigende Rentenalter mit reinrechnen. Fachkundige Berechnungen zeigen, dass der

spätere Rentenbeginn das längere Leben in etwa ausgleicht. Schon heute, ohne Rente mit 67, gehen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Schnitt zwei Jahre später in Rente als vor zehn Jahren. Dieses Ansinnen wurde von den Arbeitgebern empört zurückgewiesen. Damit war klar: Auch das Thema „Biometrie“ sollte nur ein Vehikel zur Rentenkürzung sein!



3. Akt: „Spitzengespräch“

Die Moral von der Geschichte: Den Arbeitgebern scheint die Reform von 2001, die die Kosten der Zusatzversorgung stabil hält, nicht mehr zu reichen – sie wollen sparen! Die Betriebsrente ihrer Beschäftigten soll billiger werden. Das wäre nichts anderes als eine Lohnkürzung.

Die Arbeitgeber behaupten, die Leistungssenkungen ergäben sich zwingend aus dem „Altersvorsorgeplan 2001“, der Grundlage für die Betriebsrente nach dem Punktemodell war. Die Gewerkschaften widersprechen dem energisch und betonen, die Arbeitgeber hätten eine Versorgungszusage getätigt, an die sie gebunden seien. Nun soll ein „Spitzengespräch“ die Gegensätze überbrücken. Einen Termin gibt es noch nicht.

Fortsetzung folgt – wir werden berichten !

Alle Politiker versprechen, die betriebliche Altersversorgung zu stärken.

Alle öffentlichen Arbeitgeber wollen ihren eigenen Beschäftigten die betriebliche Altersversorgung kürzen.

Passt nicht zusammen? Finden wir auch!

Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst

Blick in die „Blackbox“ VBL

Was ist die VBL?

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) wurde 1929 als „Zusatzversicherungsanstalt des Reichs und der Länder (ZRL)“ gegründet. Sie organisiert die Zusatzversorgung (Betriebsrente) im öffentlichen Dienst für alle Tarifbeschäftigten von Bund, Bundesländern, einigen Gemeinden (u.a. aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein) und anderen Arbeitgebern (u.a. Stiftungsuniversitäten, Forschungsinstitute, Sozialversicherungsträger). Daneben gibt es über 20 kommunale und kirchliche Zusatzversorgungskassen (ZVK).

Im Tarifgebiet Ost wurde die Zusatzversorgung erst 1997 eingeführt. In der VBL wurde ein separater „Abrechnungsverband Ost“ eingerichtet, die Kommunen gründeten je Bundesland eine ZVK. Für die Jahre davor bekommen die Beschäftigten gar keine Zusatzrente, was insbesondere lebensältere Kolleginnen und Kollegen im Alter deutlich spüren.

Was bringt die VBL?

Die Leistungen der Zusatzversorgung sind einheitlich in zwei Tarifverträgen festgeschrieben, dem Altersvorsorge-Tarifvertrag (ATV) und dem nahezu wortgleichen kommunalen ATV-K. Seit 2001 das sog. „Punktemodell“ eingeführt wurde, kann jede/r Beschäftigte sich leicht ausrechnen, wie viel Betriebsrente er/sie sich schon erarbeitet hat. Die VBL teilt einem das auch jährlich in einem „Kontoauszug“ mit. Die Punktegutschrift für ein Jahr Arbeit

ist abhängig vom Entgelt und dem Alter. Letzteres hat nichts mit Altersdiskriminierung zu tun, sondern damit, dass in den Punktwert eine Verzinsung eingerechnet wird. Der Zinseszins-effekt wirkt umso stärker, je länger es noch bis zur Rente dauert – und das ist nun mal eine Frage des Alters. Weitere Infos: www.vbl.de

Die VBL bietet noch mehr: Jeder bekommt den gleichen hohen Schutz bei Erwerbsminderung oder Hinterbliebenenversorgung, ohne Gesundheitsprüfung oder Altersbeschränkung. Zudem gibt es auch Leistungen z.B. bei Elternzeit oder Krankengeldbezug. So etwas gibt es am „freien Markt“ gar nicht, so etwas kann nur ein Tarifvertrag. Ein weiterer Vorteil: Die VBL muss und darf keine Gewinne machen, muss auch keine Steuern zahlen und hat verglichen mit Privatversicherungen sehr niedrige Verwaltungskosten.

Was kostet die VBL?

Obwohl am Ende alle die gleiche Rente bekommen, müssen Arbeitgeber und Beschäftigte je nachdem, in welcher ZVK sie versichert sind, unterschiedlich hohe finanzielle Belastungen tragen. Das liegt am Finanzierungssystem und am Steuerrecht. Manche Kassen sind umlagefinanziert, d.h. die laufenden Einzahlungen („Umlagen“) werden für die laufenden Renten verwendet, andere arbeiten mit Kapitaldeckung, d.h. die laufenden Einzahlungen („Beiträge“) werden am Kapitalmarkt angelegt, um damit später die Renten zu finanzieren. Einige Kassen wenden auch ein Mischsystem an. Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung werden staatlich gefördert (sie sind steuer- und sozialversicherungsfrei), Umlagen nicht, d.h.

auch auf die Umlagen des Arbeitgebers müssen vom Beschäftigten teilweise Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden. Das kann jede/r in der Gehaltsabrechnung sehen: Weist sie ein „Steuerbrutto“ und ein „Sozialversicherungsbrutto“ aus, das höher als das Tabellenentgelt ist, dann liegt das an Umlagezahlungen des Arbeitgebers zur ZVK. In manchen Gehaltsabrechnungen wird das (z.B. als „Hinzurechnung“ oder „Steuer aus ZV“) auch ausdrücklich ausgewiesen. Sind „Steuerbrutto“ und „SV-Brutto“ hingegen niedriger als das Tabellenentgelt, dann können steuerfreie Arbeitnehmerbeiträge zur ZVK der Grund sein. Der genaue Aufbau der Gehaltsabrechnungen unterscheidet sich von Arbeitgeber zu Arbeitgeber, die Arbeitnehmerbeiträge oder -umlagen selbst sind aber stets auf der Gehaltsabrechnung als Abzug ausgewiesen.

Die VBL West ist die „teuerste“ aller Zusatzversorgungskassen, weil aus den Umlagen besonders viele „Altlasten“ mit finanziert werden müssen, u.a. die Verkleinerung der Bundeswehr und weiterer Personalabbau bei Bund und Ländern.

Die VBL Ost muss keine Altlasten finanzieren. Sie hat mit zwei Prozent den höchsten Arbeitnehmerbeitrag aller ZVKen, der ist aber steuerfrei, weil kapitalgedeckt. Unter dem Strich ist die monatliche Belastung für die Beschäftigten während der aktiven Zeit im Osten deutlich niedriger als im Westen:

Dafür ist die VBL-Rente im Osten im Alter voll steuerpflichtig, im Westen nur teilweise, und die gesetzliche Rente fällt im Osten durch die Sozialversicherungsfreiheit der VBL-Beiträge auch etwas niedriger aus. Die Unterschiede liegen nicht am Tarifvertrag, sondern am Steuer- und Beitragsrecht.

	VBL West		VBL Ost		
Tabellenentgelt/Monat	E13 St.5 TV-L	E9 St.5 TV-L	E13 St.5 TV-L	E9 St.5 TV-L	Tabellenentgelt/Monat
Arbeitnehmeranteil Umlage: 1,41%	68,53	50,21 €	97,20	71,22 €	Arbeitnehmerbeitrag: 2%
Steuer und SV aus Arbeitgeberumlage*	67,92 €	37,42 €	- 45,90 €	- 31,79 €	Steuer- und SV-Ersparnis*
Arbeitnehmer-„Kosten“ VBL	136,43 €	87,63 €	51,30 €	39,43 €	Arbeitnehmer-„Kosten“ VBL

* Lohnsteuerklasse I, keine Kinder, gesetzlich krankenversichert

Nettowerte: Bezügerechner des Bundesversorgungsamtes

Bleibt die VBL finanzierbar?

Mit der Einführung der Betriebsrente nach dem Versorgungspunktemodell wurde 2001 ein großzügiges, aber auch in sich ungerechtes System beendet. Die Ansprüche aus dem alten System wurden auf dem Stand von Ende 2001 in Euro und Cent ausgerechnet und (abgesehen von evl. zuteilungsfähigen Bonuspunkten) eingefroren. Es wäre unehrlich zu leugnen, dass das Einfrieren der alten Ansprüche auch eine Leistungskürzung darstellt. Damals ging es darum, eine drohende

Verdoppelung der Umlage in der VBL West auf rd. 15 Prozent (die hälftig von den Arbeitnehmern zu tragen gewesen wäre) abzuwenden, um das System insgesamt zu erhalten. Aktuelle Prognosen der VBL zeigen: Durch die Einschnitte, die ihre Wirkung im Laufe der nächsten 10 bis 20 Jahre entfalten, kann der Umlagesatz in der VBL West trotz der steigenden Zahl von Rentnern (Stichworte Personalabbau, Überalterung des öffentlichen Dienstes) stabil bleiben. Vergleichbare Berechnungen haben die kommunalen Kassen zwar zugesagt, aber bisher noch nicht vorgelegt.



Ein kleiner Rhetorikkurs für Verantwortungsträger

Sie haben nichts zu sagen, reden aber trotzdem gern? Sie wollen außerdem, dass es gut klingt? Sie schätzen keine klaren Ansagen? Sie möchten negative Meldungen positiv „rüberbringen“? Sie sind mit Leib und Seele Autokrat, aber dem Zuhörer soll das nicht auffallen?

Es gibt die optimale Lösung für Sie: Holsprech. Eine Exzellenzvariante modernen Sprachhandelns. Damit wirken Sie stets multikompetent und polyfunktional. Sie beeindruckt Ihre Zuhörer und halten Sie von nervtötenden Einwänden ab. Holsprech ist gar nicht so schwer. Tägliche mentale Aktivierung auf überregionalen Konferenzen gut zuhören, öfter mal an der „Phrasendreschmaschine“ drehen – zeitnah werden Sie über ein perfektes Instrumentarium verfügen: hochtrabende Worte ohne Substanz.

Das erste Modul unserer Fortbildung:

Form ist wichtiger als Inhalt. Blättern Sie doch mal im Fremdwörterlexikon. Notieren Sie Begriffe, die Sie noch nie gehört haben. Manchmal sind auch philosophische Betrachtungen in der Tagespresse eine wahre Fundgrube. Flechten Sie Begriffe wie Entitäten, Insubordination, subkutantes Epiphänomen oder attrahieren zunächst im Privatgespräch ein, sozusagen als „Wortgeschenk“. Bei den dominierenden männlich-homozialen Kooptationsstrategien sehe ich da keine inhärente Perspektive.“ Klingt gut, oder? Als zweiten Schritt präsentieren Sie Ihre Kenntnisse im pädagogischen Alltag: „Wir würden gern zusätzliche Ressourcen und Exzellenzprogramme generieren, allein, die restringente Finanzsituation lässt das nicht zu.“ – „Schüleraffine Zeitelastizität und Rhythmisierung sind leider noch Absenzen. Uns fehlt die personelle und materielle Unterfütterung.“

Zweites Fortbildungsmodul:

Zentrale Bedeutung in Holsprech hat das Verb „kommunizieren“. Sie haben es vermutlich als intransitiv kennengelernt: „Miteinander sprechen, sich verständigen“. Heute ist es ein transitives Verb und vermittelt hinter dem Schleier demokratischen Miteinanders konkrete Handlungsanweisungen: „Das

muss wohl noch deutlicher kommuniziert werden!“ Der Subordinierte fragt ängstlich: „Kann ich das so weiterkommunizieren?“ Es ist generell effektiv, aus intransitiven Verben transitive zu machen. Das bringt den Sprecher in eine aktivere Rolle. Denken Sie an Beispiele aus der koitalen Praxis: „Ich vögel dich“ klingt dynamischer und ich-orientierter als „wir haben miteinander gevögelt“.

Diese grammatische Variante kann beliebig erweitert werden. So sagt der Schulrat zufrieden: „Ich habe in den letzten Monaten zahlreiche Schulen hospitiert! (sic!!!)“ Andere Zeitgenossen „leben Beziehungen und Sympathien“ oder „erinnern gern frühere Zeiten“. Werden Sie kreativ“ Sprache ist lebendig. Was es heute noch nicht gibt, kann morgen schon Holsprech sein. Warum also nicht „Ich interessiere Individualisierung und Binnendifferenzierung.“ „Ich schäme meine seltenen Fortbildungen.“ „Er kümmert dieses Problem.“ „Wir freuen das aktuelle PISA-Ergebnis.“

Verwenden Sie keine nackten Normen. Es heißt nicht „Lösungen, Hierarchien und Fragen“, sondern „intelligente Lösungen“, „flache Hierarchien“ oder „sauber geklärte Fragen.“ In jedem Ihrer Beiträge sollten mindestens einmal die Kernbegriffe Evaluation, Transparenz und Kompetenz vorkommen. Am besten in einem einzigen Satz.

Benutzen Sie Euphemismen!

Schadenfreude heißt in Holsprech negative Empathie, Strafen sind aversive Reize, Schwänzer und Störer nennt man schulabstinente oder verhaltensoriginelle Jugendliche. Gehen Sie mit Inkompetenz frustdurabel um, bevor Sie geistige Insolvenz anmelden müssen. Umhüllen Sie Intelligenz-Allergiker mit zerebralen Flatulenzen. Kleine Kontrollfrage: Was ist ein habitativ benachteiligter Mitbürger?

Als Anhänger deutschen Sprachtums müssen Sie übrigens nicht auf das Fremdwörterlexikon zurückgreifen. Es gibt genug Holsprechbegriffe in unserer schönen Muttersprache: Selbstwirksamkeitserfahrung, Leuchttürme der Bildung, kräftige Seelennahrung, Arbeitsverdichtung, sich an einen Text anschmiegen und etwas verschriftlichen. Vielleicht halten Sie dieses kleine Kompetenztraining fälschlicherweise für eine Petitesse. Aber Sprache war schon immer Herrschaftsinstrument. Mit Holsprech illuminiert sich die moderne Führungselite. Werden Sie Teil diese Elite! Nutzen Sie Holsprech!

G. Frydrych



Deutscher Gewerkschaftsbund
Region Emscher-Lippe

Bundestagsabgeordnete der Emscher-Lippe-Region:

- Gerdes, Michael
- Poß, Joachim
- Schwabe, Frank
- Groß, Michael



offener Brief

Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn

3. Juni 2014

Lieber Jochen,

der DGB hat auf seinem Bundeskongress erneut bekräftigt, dass wir einen Mindestlohn ohne jede Ausnahme fordern. Vor diesem Hintergrund bitten wir dich ganz herzlich, dich für eine entsprechende Entscheidung in der großen Koalition einzusetzen.

Wir sehen mit großer Sorge, dass Arbeitgeber und Lobbyisten in der medialen Öffentlichkeit aktiv sind, um möglichst viele Schlupflöcher in das Mindestlohngesetz einzubauen. Gezielt werden insbesondere von Arbeitgeberlobbyisten weitere Deregulierungsvorschläge in die Diskussion eingeführt und von den Medien, insbesondere den Printmedien, öffentlich gemacht. Die Lobbyisten lamentieren über gravierende Folgen für den Arbeitsmarkt und Millionen Beschäftigte sowie über den Verlust vieler unternehmerischer Randexistenzen. Kein Wort verlieren diese Lobbyisten über unsägliche Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, die gegen geltende Gesetze verstoßen und nicht selten sittenwidrig sind. Sicher ist dir bekannt, dass diese Arbeitsmarktstrukturen inzwischen auch von der OECD und anderen internationalen Organisationen heftig kritisiert werden.

Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn – und zwar ohne Ausnahmen – will diesem Wildwuchs an Lohndumping und Ausbeutung ein Ende setzen. Wir unterstützen in diesem Punkt die große Koalition nachdrücklich. Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn würden von Arbeitgeberseite schamlos ausgenutzt werden. Aus unserer Sicht gibt es auch kein Argument, warum Jugendliche unter 18 oder unter 21, wie es neuerdings Arbeitgeberlobbyisten fordern, für sittenwidrige Löhne arbeiten sollen. Das gleich gilt für Langzeitarbeitslose. Wir setzen dem gegenüber auf die Einführung eines lückenlos geltenden Mindestlohns, der auch flächendeckend kontrolliert wird.

Die Argumente, die von Mindestlohngegnern angeführt werden, sind leicht durchschaubar. Es geht gar nicht um sachgerechte Ausnahmen, sondern um die Durchlöcherung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes. Bestes Beispiel ist die geplante Ausnahmeregelung für junge Menschen, denen unterstellt wird, dass sie sich in großer Zahl lieber für einen „Super-Mindestlohn“ von 8,50 € entscheiden würden, anstatt eine berufliche Erstausbildung zu beginnen. Junge Menschen wissen jedoch sehr gut, wie wichtig eine gute Ausbildung für ihre zukünftige Berufs- und Einkommensperspektive ist. Schon heute wollen junge Menschen eine berufliche Ausbildung statt einer „Jungarbeiterperspektive“. Wenn es in diesem Sektor Handlungsbedarf gibt, dann in der Gestalt, dass Arbeitgeber ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze anbieten müssen. Gerade in der Emscher-Lippe-Region fehlt tausenden von jungen Menschen diese Perspektive, weil Arbeitgeber nicht ausreichend ausbilden. Und diejenigen Arbeitgeber, die ausbilden, lassen es allzu häufig an der gebotenen Ausbildungsqualität fehlen. Gerade haben DGB und IHK eine strategische Allianz zur Verbesserung der Ausbildungsqualität im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes verabredet, an der auch Berufskollegs und die DEHOGA-Arbeitgeber beteiligt sind. Das ist der richtige Weg für Jugendliche.

Diese Einlassung zeigt beispielhaft, dass der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn als untere sozialpolitische Lohnuntergrenze ohne Ausnahmen kommen muss.

Wir bitten dich deshalb, dich in der weiteren parlamentarischen Diskussion und dem Gesetzgebungsverfahren für genau dieses Ziel einzusetzen. Arbeiten für einen Niedriglohn unter 8,50 € muss in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik bald der Vergangenheit angehören. Von sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten erwarten wir ein entschiedenes Eintreten für dieses so wichtige Ziel.

Mit freundlichen Grüßen

DGB-Region Emscher-Lippe
Josef Hülsdünker
Geschäftsführer

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

Homepage:

www.gew-gelsenkirchen.de

E-Mail:

gew-ge@gmx.de

Tel.: 0209 513759

Fax: 0209 514207

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag:
09:00 - 12:00 Uhr

Noch Fragen bitte?

Was können wir für Sie tun?

Unter diesem Motto haben Sie Gelegenheit, sich

am 10. September 2014

von Personalratsmitgliedern aller Schulformen aktuell zum Schuljahresbeginn beraten zu lassen.

- Ärger mit dem LBV ?
- Kummer mit dem Stundenplan ?
- Fragen zur Inklusion ?
- u.s.w.

Die Personalratsmitglieder stehen Ihnen von 18 bis 20 Uhr im DGB Haus der Jugend, Gabelsberger Str. 12, 45879 Gelsenkirchen zu Verfügung.

Karl-Heinz Mrosek



Bitte, bitter – was Grapefruit und Endivien können

Man nehme eine halbe Grapefruit: Diese hat über 100mg frisches Vitamin C, was sie zum idealen Frühstückssnack macht und auch bei Gelenkschmerzen kann sie helfen. Die beinhaltete Salicylsäure bekämpft anorganisches Calcium, das sich an den Gelenken bildet. Und auch bei der Verdauung unterstützt die Zitrusfrucht den Körper. Nach einem schweren Essen hilft der hohe Säureanteil der Grapefruit, dass man sich schnell wieder leicht fühlt. Keine andere Frucht hat zudem einen so hohen Anteil an Lycopin und Limonoide. Diese Antioxidantien sollen vor allem zur Vorbeugung von Krebserkrankungen dienen.

Auch Chicorée, Endivien- und Radicisalat haben einen bitteren Geschmack und ziehen daher bei der Wahl in der Obst- und Gemüseabteilung oft den Kürzeren. Zum Bedauern der Gesundheitsexperten. Besonders in der Naturheilkunde zählen Bittermittel, im Lateinischen „Amara“, zu den wichtigsten Arzneistoffen. Gemäß eines alten Sprichwortes „Was bitter dem Mund, ist dem Magen gesund“.



Leichter verdaulich wird es oft dann, wenn man weiß, warum es überhaupt so gesund sein soll.

Bitterstoffe sind Fatburner

Laut einer Forschungsgruppe der Rutgers University in New Jersey üben Bitterstoffen einen regulierenden Effekt auf das Körpergewicht aus. Die Geschmacksrichtung „bitter“ löst im Körper mehrere Reaktionen aus. Zum einen werden Verdauungsprozesse angeregt, zum anderen wird die Sättigung gefördert. Bitterstoffe regen die Verdauungssäfte schneller an, dadurch tritt der Sättigungsreiz zu einem früheren Zeitpunkt ein. Wir nehmen automatisch kleinere Portionen zu uns.

Naringin – bitter im Mund, im-Körper gesund

Der etwas bittere Geschmack der Grapefruit liegt vor allem am hohen Anteil an Naringin. Naringin ist ein Glycosid, dass auf drei wichtige Prozesse im Körper positive Wirkungen haben kann. Der bittere Geschmack stimuliert die Leber dazu, fettverbrennende Enzyme zu produzieren.

Dieser Effekt würde normalerweise erst bei längerem Fasten eintreten. Die Grapefruit ist nach heutigem Wissensstand, die einzige Frucht, die diesen Prozess im Körper auslösen kann. Auch zur Blutzuckerregulierung leistet die Grapefruit ihren Beitrag, da das Naringin den Körper für Insulin sensibilisiert. Der dritte Vorteil des Naringin liegt darin, dass es zusätzlich den Cholesterinspiegel senkt. Vor allem die rotfleischige Grapefruit kann zur Senkung der Werte beitragen. Hierbei sollte man aber beachten, dass sie ebenfalls die Wirkung verschiedener Herzmedikamente beeinflussen kann. Vorsichtshalber sollten Herzpatienten also zunächst Rücksprache mit Ihrem Arzt halten.

Probieren Sie es doch einfach mal aus und setzen Sie 3 bis 5 Grapefruits pro Woche auf Ihren Speiseplan. Sie werden merken, dass Sie damit Ihren Hunger besser regulieren können. Insgesamt stellt sich ein angenehmes, leichteres Körpergefühl ein. Und sogar Stimmungsschwankungen soll der regelmäßige Grapefruit-Genuss verringern.



1. Mai „Tag der Arbeit“
Ökumenischer Gottesdienst
Predigt von Pastor Dieter Heising

Jak.5,1-6

Warnung an die Reichen

Und nun zu euch, ihr Reichen!
Weint und jammert über das Elend, das euch erwartet am Tag, an dem Gott Gericht hält!

Eure Reichtümer werden dann verfault sein, eure Kleider von den Motten zerfressen,

und euer Silber und Gold verrostet. Und dieser Rost wird euch anklagen und euer Fleisch wie Feuer verzehren.

Ihr habt in den letzten Tagen der Welt Reichtümer angehäuft.

Ihr habt den Leuten, die auf euren Feldern gearbeitet und eure Ernte eingebracht haben, den verdienten Lohn vorenthalten. Das schreit zum Himmel! Ihre Klage ist bis zu den Ohren des Herrn, des Herrschers der Welt, gedrungen.

Euer Leben auf der Erde war mit Luxus und Vergnügen ausgefüllt. Während der Schlachttag schon vor der Tür stand, habt ihr euch noch gemästet.

Ihr habt den Schuldlosen verurteilt und umgebracht, der sich nicht gegen euch gewehrt hat!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schwestern und Brüder,

„Warnung an die Reichen“ – so ist der Abschnitt in der Bibel betitelt. Da wird nicht um den heißen Brei herumgeredet. Das ist keine weichgespülte Formulierung an sog. Leistungsträger der Gesellschaft, es doch bitte schön nicht allzu sehr zu übertreiben, mit dem Scheffeln. Und erst recht begnügt man sich nicht mit dem Aufruf, doch bitte schön auch mal hier und da etwas an Arme abzugeben, in Form einer Spende oder einer Wohltätigkeitsveranstaltung.

Nein, die Sprache der Bibel ist hier eher das, was wir als klare Kante kennen, auch wenn etliches in alten Bildern und Vorstellungen ausgedrückt ist: da ist die Rede vom Reichtum, der zerfressen wird; da wird der vorenthalte Lohn angeklagt (sollte etwa damals schon eine Ausnahmeregelung praktiziert worden sein – vielleicht auch als sogenannte Brücke in den Arbeitsmarkt?)

„Ihr habt den Schuldlosen verurteilt und umgebracht, der sich nicht gegen euch gewehrt hat!“ so endete ja der Bibelabschnitt.

Vielleicht war er es ja auch, der den Papst Franziskus zu einer ebenso deutlichen Formulierung hat greifen lassen, wenn er sagt: „Diese Wirtschaft tötet. Wir müssen heute ein Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen sagen“.

Das ist überhaupt nicht übertrieben, denn alle 3 Sekunden stirbt ein Kind an den Folgen extremer Armut – täglich sterben an den Folgen von Hunger und Unterernährung 24.000 Menschen.

Was ist also an solchen Sätzen übertrieben? Was wäre an den alten bildhaften Formulierungen der Bibel unangemessen?

Nichts! Leider nichts!

Leider ist das die bittere Realität. Da hilft kein Herumeiern und keine beschönigende Sprache.

Und wann, wenn nicht am 1.Mai, müssen solche bitteren Zustände laut werden?

Lassen wir uns nicht täuschen: auch wenn es natürlich ganz gut tut, Men-

schen zu treffen, bunte Fahnen zu sehen, Musik zu hören und all das, was auch dazu gehört; offensichtlich ist der 1.Mai auch eine „todernste“ Angelegenheit.

Und da hilft ebenso wenig der Hinweis: ja, aber bei uns ist doch alles nicht so krass – hier stirbt niemand vor Hunger und der Papst, ja der hat dabei sicher die Zustände in der sogenannten 3. Welt im Blick gehabt.

Nein, auch wenn der Hungertod so konzentriert in anderen Ländern stattfindet: die Ursachen hängen zusammen und in einer globalen Welt sind wir mit verantwortlich, wenn Menschen zu arm sind, um zu überleben.

Denn nicht fehlendes Geld ist die Ursache, sondern eine total ungerechte Verteilung.

Dieser elende Riss, der durch unsere Gesellschaft geht, der dafür sorgt, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden. Und gefährlich wird es damit, weil Reichtum eben auch immer Macht und Einfluss bedeutet. Und so werden Lebenschancen ungerecht verteilt.

Nur zwei Angaben dazu: die reichsten 10% der Haushalte in Deutschland besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens – und dann natürlich auch die andere Seite dieser Medaille: die untere Hälfte der Haushalte, sie verfügt über gerade mal 1% des gesamten Vermögens.

Und in konkreten Zahlen ausgedrückt und auf ganz Europa bezogen heißt das (das soziale Europa steht ja als Motto dieses Jahr wieder auf allen Plakaten):

Hatten im Jahr 1982 die 100 reichsten Europäer noch 230 Millionen Dollar im Rücken, sind es keine 25 Jahre später, im Jahr 2005, mehr als das 10-fache, nämlich 2,6 Milliarden Dollar.

Ja, bis zu einem sozialen Europa ist es noch ein weiter Weg. Da bin ich froh, dass die Bibel so eine deutliche, unmissverständliche Sprache spricht. Und da bin ich als evangelischer Pfarrer auch froh, dass ein Papst an dieser Stelle auch eine klare Sprache spricht.

Was aber ist zu tun, damit das Ganze nicht in der Barbarei endet, nicht das Profetenwort vom Schlachttag letztlich Recht behält? Wie wäre das zu verstehen, wenn der Papst davon spricht, dass wir weg kommen müssen von der

ach so freien Wirtschaft, die uns doch angeblich für alle das Glück bringen sollte?

Eine Etappe auf dem Weg zum sozialen Europa wäre schon mehr gute Arbeit (der erste Teil des Mai Mottos) – und gute Arbeit heißt für uns doch auch konkret: gutes Geld.

Und da bin ich froh, dass der Einstieg, mehr ist es ja nicht, durch den Mindestlohn kommt.

Aber siehe da, was ich vorhin über den Zusammenhang von Geld, Macht und Einfluss sagte, das scheint sich zu bestätigen:

Wie sonst wäre es zu erklären, dass der Mindestlohn nicht für Langzeitarbeitslose gelten soll? Wie hieß es noch in der Bibel: „Ihr habt den Leuten, die für euch gearbeitet haben, den verdienten Lohn vorenthalten. Das schreit zum Himmel „

Und genau das wird passieren, wenn Menschen kurz vor Ablauf des ersten halben Jahres wieder entlassen werden – was nichts anderes heißt, als dass der Mindestlohn für Arbeitslose nicht existieren wird.

Wer hat sich denn da durchgesetzt? In wessen Interesse liegt denn wohl eine solche Regelung? Bestimmt nicht im Interesse derer, deren Lebenschancen so lange klein gehalten wurden.

Nicht mal der Mindestlohn für alle – da brauchen wir uns doch nicht wundern, wie aktuell die Bibel ist, wie aktuell

auch ein päpstliches Lehrschreiben sein kann.

Denn dass ausgerechnet wieder Erwerbslose ausgeschlossen werden – das setzt voraus, dass man als Begründung den Ballon der „Brücke in den 1. Arbeitsmarkt“ wieder mal aufbläst – obwohl der doch schon so oft geplatzt ist.

Und das setzt voraus, dass man die perfide Logik akzeptiert, mit der ein gesellschaftliches Problem individuell auf dem Rücken derer ausgetragen wird, die man in das Licht persönlichen Versagens stellt, als sei jede(r) selbst schuld daran, erwerbslos zu sein.

Schließlich müsse man dann eben auch einen Preis dafür zahlen.

Ich halte es da lieber mit der guten alten Bibel, wenn sie durch den Profeten sagen lässt: „Ihr habt den Schuldlosen verurteilt“

Deshalb bin ich so froh, dass sich der DGB Nordrhein-Westfalen hier so eindeutig positioniert hat und keine Ausnahmen beim Mindestlohn will.

Nur so geht der Weg zu guter Arbeit und einem sozialen Europa.

Nur mit einer großen Koalition; aber einer ungewöhnlichen GROKO, die in diesem Fall aus der Bibel, dem Papst und dem DGB besteht.

Einer solchen GROKO wünsche ich aus ganzem Herzen viel Erfolg!

Amen!

Betreuung kranker Kinder (Beamte)

Es gibt eine Verbesserung für Beamtinnen und Beamte im öffentlichen Dienst. Laut Neufassung der Freistellungs- und Urlaubsverordnung vom 15.10.2013 bekommt eine Beamtin/ein Beamter nun für jedes kranke Kind unter zwölf Jahren, für das keine Betreuungsperson zur Verfügung steht, vier Tage Sonderurlaub im Kalenderjahr, maximal 12 Tage (§ 33, Nr. 6).

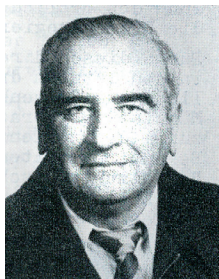
Weiterhin gilt, dass bei einem Verdienst unterhalb der Versicherungspflichtgrenze (4462 E/2014) jedem beamteten Elternteil für jedes Kind unter 12 Jahren 10 Tage (bei mehreren Kindern max. 25 Tage) zur notwendigen Betreuung zustehen.

Angestellte, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, erhalten für die Betreuung jedes Kindes unter 12 Jahren 10 Tage (bei mehreren Kindern max. 25 Tage) Kinderkrankengeld.

Mehr dazu auf der Internetseite www.gew-wuppertal.de unter dem Punkt "kurz und knapp" Rechtsinfos für den Schulalltag.

Aus: also 131, März 2014

Nachruf



23. Mai 2014
Rektor
A. D. Hermann
Goetsch

Am 23. Mai 2014 verstarb unser Kollege, der Rektor A. D. Hermann Goetsch im Alter von 85 Jahren. Sein ganzes Lehrerleben hatte er in Gelsenkirchen verbracht. Zuerst an der Ev. Volksschule Theodor-Fliedner. Hier blieb er als diese Schulform zur Hauptschule an der Surkampstraße umgewidmet wurde. Danach war er Hauptschulrektor an Schwalbenstraße in Beckhausen. Anschließend wechselte er zur Hauptschule St. Michael-Straße. Von hier aus ging er mit Erreichen der Altersgrenze als Hauptschulrektor in den Ruhestand.

Über 60 Jahre gehörte er der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an. Er hatte auch Funktionen. In den 1980er Jahren war er Stellvertretender Stadtverbandsvorsitzender. Im selben Zeitraum Mitglied des Personalrates für Lehrer an Grund- und Hauptschulen beim Schulamt für die Stadt Gelsenkirchen.

Noch im letzten Jahr konnten wir ihn im November auf unserer Jubilarehrung begrüßen. Diese Veranstaltung besuchte er jedes Jahr. Er wird uns fehlen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Karl-Heinz Mrosek und Lothar Jacksteit
Leitungsteam

Die **GEW** lädt ein :

Carmen De Feo

La Signora



Einlass: 19:00 Uhr

Jubilarehrung: 19:30 Uhr

Vorhang auf: 20:00 Uhr

**Nach dem Theater laden wir zum
Umtrunk in die Kellerbar.**

14.11.2014

im Kleinkunst-Theater auf Consol

**Bismarckstr. 240
45889 Gelsenkirchen**

Carmen De Feo

Eine Freundin mit der man ganze Gehöfte stiehlt.
**Nun ist sie mit ihrem Programm bei uns,
bei der GEW im Consol-Theater.**

Die WAZ berichtete am 10. Februar 2014:

„Man liegt ihr zu Füßen, auch in Gelsenkirchen.
Dieser kleinen (1,60 Meter), großen Frau mit
Mut zur Hässlichkeit im typischen Gouvernanten-
Outfit.“(Neben mir sieht jede Schabracke aus, wie
Prinzessin Lilli-Fe.)

Wir lernen von ihr, dass die glücklichste Ehe die
geschiedene ist, Männer mit Gefühlen grauenvoll
sind.

Und die Liebe erst!

Die ist wie eine Einbauküche: nach ein paar Jahren
schämst du dich dafür.

Wir freuen uns auf ihren Besuch.

**Melden Sie sich bitte an:
gew-ge@gmx.de.**

Bezirk Münster: L-EGO – wir mobilisieren vor Ort!

Im April hat die Bundetarifkommission der GEW beschlossen, die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) aufzunehmen und sich dabei für eine gerechte Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-EGO) zur Eingruppierung tarifbeschäftigter Lehrkräfte einzusetzen.

Nach den Sommerferien sollen die Verhandlungen starten. Aus diesem Anlass startet der Bezirksausschuss Münster unter dem Titel „L-EGO – wir mobilisieren vor Ort!“ eine Veranstaltung, zu der wir dringend einladen.

Adressaten: Alle tarifbeschäftigten Lehrkräfte, interessierte BeamtInnen und Personalratsmitglieder

Referenten: Joyce Abebrese und Mitglieder des Ausschusses für Tarifpolitik (ATP)

Wann: **Dienstag,
den 30.09.2014 von 18-20 Uhr**

Wo: **Barbarahaus, Kapellenweg,
48249 Dülmen**

BzA Münster